Kehrwieder am Sonntag vom 27.05.2018, S.9

Politiker und Privatpersonen kritisieren „durchsichtige Verzögerungstaktik" in der Diskussion um die Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks

Fürsprecher für Schacht Giesen ergreifen die Initiative

Von Björn Stöckemann

GIESEN. In die Diskussion um eine Wiederinbetriebnahme des Kaliwerkes Siegfried-Giesen schaltet sich ein weiterer Akteur. „Pro Schacht Giesen" ist ein Zusammenschluss von Personen, die dem Vorhaben des Unternehmens Kali und Salz (K+S) positiv gegenüber stehen und von der Politik eine zeitnahe Entscheidung im laufenden Planfeststellungsverfahren fordern.

Dem Zusammenschluss gehören der ehemalige sowie der derzeitige Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe und Bernd Westphal sowie der Sarstedter Landtagsabgeordnete Matthias Brinkmann (alle SPD) und Konrad Nave, Johannes Ernst, Jochen Willke „und weitere Bürger aus den umliegenden Ortschaften" an, wie die Initiative mitteilt.

Die Namen dürften Menschen, die den „Kali-Streit" verfolgen, nicht überraschen. Sowohl Westphal als auch Brinkmann haben in der Vergangenheit die Vorteile einer Wiederinbetriebnahme betont. Nave erklärte im Dezember vergangenen Jahres in einem Leserbrief an den KEHRWIEDER: „Jetzt sind Entscheider und nicht Verhinderer gefordert!"

Die inhaltlichen Argumente von „Pro Schacht Giesen" sind dementsprechend bekannt. Die Initiative führt die wirtschaftliche Entwicklung für die Gemeinde Giesen durch Steuereinnahmen und Arbeitsplätze, die Vorteile des Bergwerkes mit seiner bestehenden Infrastruktur und die hochwertigen und reichhaltigen Bodenschätze ebenso wie die zustimmenden Signale vom zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie aus der Landespolitik, zuletzt von Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU), an.

Kritik schickt die Initiative in den Kreis. „Mit der durchsichtigen Verzögerungstaktik der Mehrheitsfraktionen im Kreistag und der eher lustlosen Bearbeitung des Themas durch die Kreisverwaltung muss endlich Schluss sein", fordert „Pro Schacht Giesen".

> „Mit der durchsichtigen Verzögerungstaktik im Kreistag und der lustlosen Bearbeitung durch die Kreisverwaltung muss Schluss sein"

Das Planfeststellungsverfahren hängt seit Monaten in der Schwebe. Der Landkreis hat dabei eigentlich nur geringes Mitspracherecht. Als „Untere Wasserbehörde" muss er lediglich die „wasserrechtliche Erlaubnis" erteilen, also darauf achten, dass K+S die anfallenden salzhaltigen Abwässer umweltschonend entsorgt. Die Kreispolitiker halten die bisherigen Konzepte von K+S für nicht ausreichend und haben die wasserrechtliche Genehmigung deshalb bisher mehrheitlich verwehrt. Das Ringen um eine Einigung ist seitdem auf die Frage ausgedehnt, ob K+S bei einer Wiederinbetriebnahme eine zweite Halde, wie den bestehenden „Kalimandscharo", verhindern kann.

„Wie bei allen größeren Infrastrukturmaßnahmen gibt es auch in diesem Falle Stimmen, die eine Wiederinbetriebnahme der Kaliförderung verhindern, erschweren oder zumindest verzögern wollen", stellen die Mitglieder von „Pro Schacht Giesen" fest. „Manchmal sind die Motive durchsichtig von Eigeninteresse geleitet, manchmal auch gegenüber Fachbehörden besserwisserisch und richtig ärgerlich dann, wenn unter der löblichen Ansage, Verbesserungsvorschläge machen zu wollen, tatsächlich aber so extreme Forderungen gestellt werden, die aus technischer und/oder wirtschaftlicher Sicht nicht umsetzbar sind und vermutlich auch aus rechtlicher Sicht nicht gefordert werden können."

Die Kritik dürfte sich an erster Stelle an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Kreistag, Friedhelm Prior, richten. Dieser hat sich in den vergangenen Monaten dem Thema mit großem Einsatz und viel Arbeitseifer angenommen – zur Freude der einen, zum Missfallen der anderen. Nave warf ihm in dem Leserbrief vom Dezember zum Beispiel vor: „[Prior] will sich gegenüber Landrat und Verwaltung zum großen Macher aufspielen!"

Die Kritiker von Stand und Ablauf des Verfahrens fürchten einen wirtschaftlichen Schaden für die Gemeinde Giesen und die Region Hildesheim als Ganzes. Nicht nur K+S könnte von seinem lukrativen Vorhaben abrücken, auch andere Investoren könnten den Landkreis zukünftig meiden, ist die Befürchtung. Der Hildesheimer Unternehmer und IHK-Vize Jens Koch kritisiert das „Klein-Klein der Zuständigkeiten". Mirco Weiß findet als Vorsitzender des Bezirksverbands der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU die Verzögerung „äußerst beunruhigend". Und Christian Berndt, Priors Vorgänger als Vorsitzender der Kreistagsfraktion der CDU und jetzt dessen schärfster Kritiker, resümiert: „Wir haben den Wirtschaftsstandort Hildesheim in Verruf gebracht."

Im Kreistag gibt es eine fraktionsübergreifende Mehrheit für die Vorgehensweise. Lediglich FDP und Unabhängige äußerten bei der zurückliegenden Sitzung im März vorsichtige Bedenken. Priors Name fällt bei der Debatte zwar meist als erster, aber auch Klaus Bruer, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, sowie die Grüne Nina Lipecki, die Sozialdemokratin Cornelia Ott und Falk-Olaf Hoppe, Vorsitzender des Umweltausschusses und CDU-Mitglied, haben sich zuletzt intensiv mit dem Thema befasst.

Grundsätzlich sind auch die wenigsten gegen das Projekt, sondern wollen eine „rechtliche saubere Lösung". Die wäre, so das Argument, mit den bisherigen Unterlagen nicht gegeben. Auch die Bügerinitiative „Giesen Schacht" und Umweltverbände wie der BUND begrüßen das derzeitige Verfahren.